

## **Stellungnahme der CDU Baden-Württemberg**

**von Wahlkreiskandidat Andreas Deuschle, MdL**

### **1. Verlässlichkeit der Betreuung**

*Frage:* Welche konkreten, kurzfristig wirksamen Maßnahmen plant Ihre Partei, um verlässliche Betreuungszeiten (z. B. Ganztagsangebote, vereinbarte Abhol-/Bringzeiten) auch bei Personalengpässen dauerhaft sicherzustellen? Bitte nennen Sie Zeitplan und Finanzierungsquelle.

**Antwort:**

Um insgesamt die Personalsituation in der frühkindlichen Bildung zu verbessern, haben wir bereits ein Maßnahmenpaket beschlossen, das nicht nur auf mittel- bis langfristige Fachkräftegewinnung, sondern auch auf schnell in der Praxis wirkende Ausbildungsoffensiven und flexiblere Regelungen setzt. Unser im Kultusministerium für den Bereich Frühkindliche Bildung zuständiger CDU-Staatssekretär Volker Schebesta war hierbei federführend.

Konkret: Mit dem Direkteinstieg Kita besteht seit dem Schuljahr 2023/24 ein attraktiv vergüteter Bildungsgang, bei dem angehende sozialpädagogische Assistentinnen und Assistenten bereits während der Ausbildung im Kita-Alltag aktiv mitarbeiten können und dadurch zusätzliche Stunden in die Einrichtungen einbringen. Kitas haben von spürbarer Entlastung bereits im ersten Ausbildungsjahr berichtet. Die ersten vollständig qualifizierten Direkteinsteiger dürften ab Herbst 2026 als sozialpädagogische Assistenten zur Verfügung stehen.

Auch PIA-Azubis, also aus der praxisintegrierten Ausbildung, arbeiten ab dem ersten Ausbildungstag regelmäßig in der Kita-Praxis und sind dadurch innerhalb weniger Wochen im Gruppenalltag einsetzbar – mit zunehmender Selbstständigkeit!

Mit dem Erprobungsparagrafen haben wir Kita-Trägern zudem die Möglichkeit gegeben, vor Ort neue flexible Konzepte zur Lösung von Fachkräftemangel und Platzbedarf zu testen; z. B. neue Teamzuschnitte, alternative Aufgabenteilung oder Einsatz von Assistenzkräften. Und wir haben Ausnahmeregelungen zur Entlastung bei Personalmangel verlängert; wozu gehört, Gruppengrößen flexibel anzupassen und Mindestpersonalanforderungen vorübergehend abzusenken.

Insbesondere organisatorische Freiräume und flexible Ausnahmeregelungen verursachen keine eigenständigen Landesausgaben, sondern wirken innerhalb bestehender Budgets.

Bei der Ganztagsbetreuung an den Schulen setzen wir auf die bessere Einbindung außerschulischer Angebote etwa aus Musik, Kultur und Sport. Auch das sorgt für mehr Spielraum bei den Personalressourcen.

## 2. Personalgewinnung und -bindung

*Frage:* Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um genügend Fachkräfte für Kitas und Schulkindbetreuung zu gewinnen und zu halten (z. B. Vergütung, Ausbildungskapazitäten, Quereinstiegsprogramme, tarifliche Regelungen, Arbeitszeitmodelle)? Nennen Sie messbare Ziele und das dazugehörige Budget.

### **Antwort:**

Was die Fachkräfte bei der Ganztagsbetreuung an Schulen betrifft, bauen wir als CDU bewusst auf einen Anbieter, der schnell viele Betreuungskräfte qualifizieren kann, ohne akademische Hürden: Mit dem Schulungskonzept der Volkshochschulen haben wir ein etabliertes Qualifizierungsmodell, das viele VHS in Baden-Württemberg und bundesweit bereits einsetzen und das Menschen erreicht, die sonst nicht in pädagogische Berufe einsteigen würden. DIW, Bertelsmann Stiftung oder Deutsches Jugendinstitut kommen zu dem Schluss: Kurzqualifizierte Quereinsteiger sind ein entscheidender Hebel zur Schließung von Personalengpässen im Ganzttag.

Mit der praxisintegrierten Ausbildung (PIA) ist wiederum die Erzieherausbildung deutlich attraktiver geworden, wofür nicht nur die Höhe der Ausbildungsvergütung entscheidend ist, sondern insbesondere die Struktur der Ausbildung. Die Zahl der Absolventinnen und Absolventen ist seit der Einführung dieses Ausbildungsmodells auch stark gestiegen. Als Land finanzieren wir hier die Ausbildungsvergütung zu 2/3 über Mittel aus dem Kita-Qualitätsgesetz des Bundes, um die Träger von Kindertageseinrichtungen bei der Schaffung oder Ausweitung der Ausbildungskapazität zu entlasten.

Mit dem vergüteten Ausbildungsmodell "Direkteinstieg Kita" gelingt es wiederum, Personen für eine qualifizierte sozialpädagogische Ausbildung zu gewinnen, die sich beruflich neu orientieren und einen qualifizierten Abschluss erwerben wollen und die dafür lange keine Möglichkeit gesehen haben. Das Programm ist ein wichtiger Baustein, um die Fachkräftesituation in Kindertageseinrichtungen zu verbessern: Im ersten Ausbildungsjahr 2023 waren es noch 600 Direkteinsteiger, 2024 dann schon 1.100.

Diesen Weg wollen wir fortsetzen und pädagogische Teams darüber hinaus durch den verstärkten Einsatz von Hauswirtschafts- und Verwaltungskräften entlasten. Für die Vergütung der Fachkräfte sind jedoch insgesamt die jeweiligen kommunalen und privaten Träger verantwortlich. Das Land bezahlt keine Erzieherinnen und Erzieher, sondern investiert in deren Ausbildung. Auch die Ganztagsbetreuung an Grundschulen ist eine kommunale Aufgabe.

Um die Kommunen bei diesen Aufgaben zu unterstützen, haben wir die Landeszuweisungen an die Kommunen in Baden-Württemberg in den letzten Jahren stark ausgeweitet: Sie sind innerhalb von sechs Jahren um knapp 33 Prozent gestiegen. Als die Kommunalpartei im Land werden wir uns auch in Zukunft mit Nachdruck dafür einsetzen, die Kommunalfinanzen zu stabilisieren und Investitionsspielräume für die Kommunen zu sichern. Beispielsweise gibt auch kein anderes Bundesland mehr Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes für die Infrastruktur an die Kommunen weiter als Baden-Württemberg!

### 3. Schulkinderbetreuung / Ganztag und Übergänge

*Frage:* Wie möchte Ihre Partei die koordinierten Übergänge zwischen Hort, Offener Ganztagsschule (OGS) und schulischen Ganztagsangeboten sowie verlässliche Ferienbetreuung sicherstellen? Welche Mindestpersonalschlüssel und Qualitätskriterien sollen gelten? Wie gehen Sie damit um, wenn vorhandene Plätze für die Erfüllung des Rechtsanspruchs ab dem Schuljahr 2026/2027 für die neuen Erstklässler nicht ausreichen, um den Platzbedarf zu decken?

**Antwort:**

Kommunale Koordinierungsstellen sollen Hort, OGS und schulische Ganztagsformen organisatorisch verzahnen, Doppelstrukturen reduzieren und Übergänge (z. B. zwischen Unterricht – Betreuung – Vereinen) planbar machen. Die Koordinierungsstellen sollen also schulische Verwaltungsaufgaben, die an Ganztagsschulen anfallen, bündeln, um Schulleitungen zu entlasten. CDU-Kultusministerin Susanne Eisenmann hatte bereits 2018/19 ein Pilotprojekt dazu gestartet, das wir nun mit Beginn des Rechtsanspruchs landesweit ausrollen möchten.

Aus meiner Sicht kann die Formulierung eines Rechtsanspruchs kurzfristig nicht mit starren Vorgaben bei Personalschlüssel und Qualitätskriterien einhergehen. Schon die Realität in der Kleinkinderbetreuung lehrt uns, dass wir nur mit Flexibilität und Pragmatismus der Diskrepanz zwischen Fachkräftemangel und Betreuungsbedarf gerecht werden können. Vor diesem Hintergrund einen neuen landesweiten Goldstandard für den Ganztag an Grundschulen zu definieren, der in der Praxis nicht trägt, wäre unehrlich.

Ich setze daher kurzfristig auf eine kommunale Steuerung. Klar ist nur, dass Ganztagsschule nicht verlängerte Betreuung heißen kann, sondern ein pädagogisch gestalteter Schultag mit klar definierten Zeit-, Raum- und Konzeptvorgaben sowie systematischer Qualitätsentwicklung sein muss. Mittelfristig braucht es hier auch einen landesweiten Qualitätsrahmen und eine Qualitätsprüfung, um Kommunen zu entlasten und Standards zu sichern.

Zunächst ist es aber wichtig, dass alle neuen Erstklässler ein verlässliches Betreuungsangebot erhalten. Ohne den Einsatz außerschulischer Partner aus Sport, Musik, Kultur und Jugendhilfe, die Betreuungszeiten abdecken können, wird es nicht funktionieren.

Als CDU haben wir außerdem erfolgreich darauf gedrungen, dass das Land für den Ausbau der Ganztagesbetreuung an Grundschulen bis 2029 etwa 861 Millionen Euro aus der Haushaltsreserve bereitstellt. Dadurch wird der Ganztag für Gemeinden haushaltsstabil und ausbaubar, ohne dass Gebühren stark steigen oder Angebote begrenzt werden müssen. Die grüne Kultusministerin wollte die massenhaften Förderanträge der kommunalen Schulträger zunächst nach einem Losverfahren auswählen. Die CDU hat zudem eine Betriebskostenfinanzierung von 68 Prozent für kommunale Betreuungsangebote eingebracht.

#### 4. Notfall-/Ersatzkonzepte & Qualitätswahrung

a) *Frage:* Welche rechtlichen/operativen Vorgaben schlagen Sie vor, damit bei kurzfristigen Personalausfällen Betreuungszeiten nicht einseitig reduziert werden (z. B. verpflichtende Vertretungsreserven, Poolkräfte, kooperative Ersatzmodelle zwischen Trägern)?

b) *Frage:* Welche Betreuungsformen sind Ihnen als Partei besonders wichtig und welche Maßnahmen sehen Sie als notwendig an, damit die Kinder qualitätsgesichert betreut und gebildet werden?

##### **Antwort zu a):**

Es gibt mit einem Organisationserlass des Kultusministeriums bereits eine rechtliche Grundlage, die Vertretungspflichten für Ganzttag und Betreuung festlegt. Baden-Württemberg kennt also Vertretungsreserven als Pflichtinstrument. Insgesamt gilt: Das Land schafft Wege, schneller mehr Personal zu gewinnen, aber die operative Verantwortung für den Ausfall und die Abdeckung liegt bei den Trägern.

##### **Antwort zu b):**

Uns ist jede Betreuungsform wichtig, die Kindern Qualität, Eltern Verlässlichkeit und Familien Wahlfreiheit bietet. Wir wollen keine Betreuungsformen gegeneinander ausspielen, sondern für jede Familie die Betreuungsform, die für sie passt.

Der Bund stellt den Ländern seit 2019 Mittel für die Qualitätsentwicklung im frühkindlichen Bereich zur Verfügung. In Baden-Württemberg setzen wir diese Mittel nicht wie in einigen SPD-geführten Ländern zur Reduktion von Elternbeiträgen ein. Wir haben Wert daraufgelegt, in Maßnahmen zu investieren, die die Qualität der frühkindlichen Bildung tatsächlich verbessern: Zuerst für die Unterstützung der Träger bei der Gewährung von pädagogischer Leitungszeit für Kita-Leitungen, wofür inzwischen rund 2/3 der Mittel im Land eingesetzt werden. Die Qualität der Arbeit in den Kitas hängt entscheidend von der Zeit ab, die sich Kita-Leitungen um pädagogische Themen kümmern können.

Außerdem investieren wir in die Förderung der sprachlichen Bildung. Als die Ampel-Regierung Ende 2022 entschieden hatte, das erfolgreiche Bundesprogramm "*Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist*" nicht weiter zu finanzieren, ist Baden-Württemberg eingesprungen und hat als eines der wenigen Bundesländer das Programm komplett übernommen – sowohl inhaltlich als auch finanziell. Ziel der CDU war und ist es, keine einzige Sprach-Kita im Land wegfällen zu lassen und die pädagogische Qualität zu sichern.

Mit "SprachFit" haben wir zudem ein durchgängiges Sprachförderkonzept aufgesetzt, von der frühkindlichen Bildung bis in die Grundschule: Jedes Kind, für das im Rahmen der Eingangsschuluntersuchung (ESU) für Vierjährige ein intensiver Förderbedarf festgestellt wird, erhält eine verpflichtende, zusätzliche Sprachförderung nach einheitlichen Standards. Um allen Kindern gleiche Startchancen zu geben, wollen wir als CDU jetzt ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr einführen und dieses beitragsfrei machen.

## **5. Kapazitätsausbau & Infrastruktur**

*Frage:* Welche konkreten Ausbau- und Modernisierungspläne (Platzschaffung, Tagesstruktur, Raumausstattung) fördern Sie für städtische und freie Träger — und wie stellen Sie sicher, dass Bedarfe in einzelnen Kommunen (z. B. wachsende Ortsteile) priorisiert werden?

### **Antwort:**

Das Land betreibt eine qualitativ orientierte Grundförderung, die bewusst allgemein formuliert ist und den Trägern Umsetzungsspielräume lässt. Darüber hinaus haben wir 2023 ein einmaliges Förderprogramm zur Schaffung neuer bzw. zum Erhalt bestehender Betreuungsplätze für Kinder in Kindertageseinrichtungen in Höhe von 105 Mio. Euro aufgelegt. Dadurch sind 287 Projekte mit Zuschüssen von bis zu 30 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten gefördert worden.

Als CDU wollen wir Investitionen nochmal gezielter dorthin steuern, wo sie am dringendsten gebraucht werden – etwa in wachsenden Ortsteilen oder sozialen Brennpunkten. Dafür werden Bedarfsanalysen, Sprachstandserhebungen und kommunale Entwicklungsdaten enger verzahnt. Kitas in herausfordernden sozialen Lagen werden zu stärker geförderten Kinder- und Familienzentren ausgebaut.

## **6. Transparenz, Monitoring und Bürgerbeteiligung**

*Frage:* Wie will Ihre Partei Verlässlichkeit, Personalsituation und Betreuungsqualität regelmäßig messen und öffentlich berichten (Indikatoren, Mindestberichtspflichten, Sanktionen bei Nichterfüllung)? Wie werden Eltern und Beschäftigte in die Lösungsfindung eingebunden?

### **Antwort:**

Schon heute misst das Land Baden-Württemberg einzelne Aspekte der Personalsituation, Qualität und teilweise Verlässlichkeit, allerdings mit unterschiedlichen Instrumenten, in verschiedenen Systemen und ohne vollständiges, integriertes Qualitätsmonitoring über alle Altersgruppen hinweg. Eine Optimierung der Qualitätsmessung und -steuerung findet allerdings ihre Grenzen dort, wo sie die kommunale Selbstverwaltung tangiert und in die Kommunen gegebenenfalls hineinregiert.

Als CDU setzen wir mehr auf gezielte Unterstützung und Ressourcensteuerung, weniger auf Sanktionen. Denn solange Mindeststandards eingehalten werden, die u.a. über die KiTaVo oder das KiTaG definiert werden, hat das Land keine Handhabe, Alltagsorganisation zu sanktionieren; also wenn es bspw. zu kurzfristigen Ausfällen oder Öffnungszeitenreduktion wegen Personalmangel kommt.

Wenn es um die richtigen Lösungen geht, sind Eltern für uns zentrale Bildungspartner. Die CDU hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass die 2020 während der Pandemie gegründete Landeselternvertretung der baden-württembergischen Kindertageseinrichtungen nun gesetzlich verankert ist und somit ein offizielles Beratungsgremium des Kultusministeriums ist. Wir wollen die Erziehungs- und Bildungspartnerschaft zwischen Familien und Einrichtungen weiter stärken. Hierfür bauen wir das Engagement der Elternstiftung Baden-Württemberg weiter aus und führen einen runden Tisch Erziehungspartnerschaft ein.

## **7. Finanzierbarkeit**

*Frage:* Wie sollen die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung auf vorstehend genannte Antworten finanziert werden?

### **Antwort:**

Die CDU steht für eine solide und nachhaltige Haushaltspolitik, die Verantwortung mit Zukunftsgestaltung verbindet und Schuldenbremse mit Zukunftsinvestitionen vereint. Kontinuierlich seit dem Einzelhaushalt 2022, konkret mit dem Doppelhaushalt 2025/2026, haben wir auch unter anspruchsvollen Rahmenbedingungen die Schuldenbremse eingehalten und zugleich klare politische Schwerpunkte gesetzt, wozu auch die Bildungspolitik gehört.

Wir werden auch in Zukunft konsequent den Weg der wirkungsorientierten Ausgabenkontrolle gehen, denn mehr Geld bedeutet nicht automatisch mehr Output. Die mehr als 300 existierenden Förderprogramme werden wir auf den Prüfstand stellen und deutlich reduzieren. Die eingesparten Verwaltungskosten schaffen Raum für Investitionen in Bildung, Sicherheit und Wirtschaft.

Wir werden uns darüber hinaus aber auch auf Bundesebene dafür einsetzen, die Anteile an der Umsatzsteuer neu zu verteilen und so die Finanzen der Kommunen nachhaltig zu stärken, die Bildungsträger bei Schulen und Kitas sind. Alternativ prüfen wir die Einführung eines Hebesatzes für die Einkommensteuer für die Kreise und Gemeinden. Zugleich setzen wir uns weiterhin für eine faire Reform des Länderfinanzausgleichs ein. Es kann nicht sein, dass Nehmerländer sich von unserem Geld Dinge leisten, die bei uns wegen des Länderfinanzausgleichs nicht möglich sind.

-----

Wir bedanken uns herzlich für die Stellungnahme und die Bereitschaft zum Dialog mit unserer Kitastrophe Ostfildern!